



1,3
Mio.

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Stopp Glyphosat“ sammelte über eine Million Unterschriften gegen eine verlängerte Zulassung von Glyphosat. Die EU-Kommission zeigte dem Nein die kalte Schulter. Es bleibt erlaubt.

Tauziehen um ein Glyphosat-Verbot

Seit der um fünf Jahre verlängerten Zulassung des Pestizids kämpfen Umweltorganisationen und der LEH um ein Verbot.

••• Von Ornella Luna Wächter

Die Zeit war knapp: Am 15. Dezember 2017 wäre die Zulassung des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat in der Europäischen Union abgelaufen. Am Montag, 27. November, stimmten 18 EU-Länder für eine Zulassung für weitere fünf Jahre. Die Befürworter des Unkrautvernichtungsmittels können also aufatmen – die Gegner, darunter auch Österreich,

knirschen mit den Zähnen. Das umstrittene Herbizid, welches unter Verdacht steht, krebserregend, mutagen und fortpflanzungsschädlich zu sein, wird weiterhin in der Landwirtschaft eingesetzt, zu Lebensmitteln verarbeitet und von den Konsumenten gegessen.

Der Entscheidung ging ein über ein Jahr dauerndes Tauziehen zwischen Befürwortern und Gegnern vorher. Letztere befürchten, dass das Mittel gesundheitsschädigend sei, und

zitieren dabei eine Auswertung der Internationalen Krebsforschungsagentur (IARC), die zur Weltgesundheitsorganisation (WHO) gehört. Demnach sei Glyphosat „wahrscheinlich krebserregend“.

„Kniefall vor Monsanto“

Andere Behörden, darunter auch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), sehen allerdings keine Gefahr für den Menschen. Hinter dem Herbizid steht einer der größten

Agrochemie-Konzerne der Welt, Monsanto. Nicht ohne Grund kritisieren viele Gegner die Entscheidung der EU-Kommission und der Mitgliedsstaaten. „Die erneute Zulassung in der Landwirtschaft bezeichnet Gerhard Drexel, Vorstandsvorsitzender der Spar, als „Kniefall, insbesondere vor Monsanto“. Seit das US-amerikanische Unternehmen das Mittel in den 70ern auf den Markt brachte, wird es in der Landwirtschaft eingesetzt. Doch längst ist Monsanto nicht mehr